

## POLITISCHER BERICHT TÜRKEI

### ÜBERSICHT

- **Aktuelle Entwicklungen in der türkischen Irak-Politik**
- **Diskussionen um bevorstehende Präsidentschaftswahlen**
- **Nach der Ermordung Hrant Dinks**
- **Info-Mail**

### **Aktuelle Entwicklungen in der türkischen Irak-Politik**

Das türkische Parlament beriet am 23. und 25. Januar 2007 in einer öffentlichen und in einer nichtöffentlichen Sitzung über die neuesten Entwicklungen im Nordirak. Welche Bedeutung die Türkei dieser Thematik beimisst, lässt sich anhand der Aussage von Ministerpräsident Erdoğan in den türkischen Medien ableiten: „*Der Irak hat für uns einen höheren Stellenwert als die EU*“. Man werde nicht tatenlos zuschauen können, wenn im Nordirak vollendete Tatsachen geschaffen würden, so Erdoğan. Dabei geht es vordergründig um die mögliche Eingliederung der Stadt Kirkuk in die autonomen Kurdengebiete. Die Hauptsorge gilt jedoch den Aktivitäten der PKK im nordirakischen Grenzgebiet. Die Aussagen Erdoğan lassen vermuten, dass über militärische Optionen gesprochen wurde und der Druck erhöht werden soll, dass die im Nordirak stationierten Truppen und irakischen Sicherheitskräfte gegen die Separatisten schärfer durchgreifen. Türkische Nahostexperten kritisieren, dass in der Debatte um die Entwicklungen im Nordirak zwei unterschiedliche Aspekte vermischt würden. So müssten die Entwicklungen in der Stadt Kirkuk deutlich getrennt betrachtet werden von den PKK-Aktivitäten. Es sei fatal, wenn Diskussionen über eine Militäroperation gegen die PKK im Norden des Irak so geführt würden, dass der Eindruck entstünde, die Truppen könnten anschließend bis nach Kirkuk weiter marschieren, so der Wissenschaftler Dr. Ibrahim Kalin in der Tageszeitung Zaman.

Schon die Existenz eines von der Zentralregierung in Bagdad weitgehend unabhängigen Bundesstaates Kurdistan im Norden des Irak wird von türkischer Seite als problematisch angesehen. Man befürchtet, Teile der eigenen kurdischen Bevölkerung könnten dies als Vorbild nehmen, um ebenfalls föderale Strukturen für die Türkei einzufordern. Mit der



„Kirkuk-Frage“ wird in der Türkei die mögliche Eingliederung der Stadt Kirkuk in das kurdische Autonomiegebiet im Nordirak bezeichnet. Die irakische Verfassung sieht zum Ende des Jahres 2007 eine Volksabstimmung über die Zukunft der Stadt vor. Die angeblich verstärkte Ansiedlung kurdischer Bevölkerungsgruppen in der Stadt wird in der Türkei mit Besorgnis aufgenommen. Der angebliche nachhaltige Eingriff in die demographische Struktur, mit dem man die Volksabstimmung manipulieren wolle, werde auf Kosten der dort ansässigen Irak-Turkmenen und anderer Minderheiten erwirkt, so die Befürchtung der türkischen Seite. Nach Ansicht des türkischen Ministerpräsidenten Erdogan sollte Kirkuk einen Sonderstatus erhalten und das Referendum verschoben werden.

Die Türkei versteht sich seit jeher als Schutzmacht des Turkvolkes der Irak-Turkmenen. Tausende Turkmenen flohen vor dem Saddam-Regime in die Türkei und bilden heute die Bevölkerungsgruppe, die besonders intensive geschäftliche Beziehungen in den Nordirak unterhält. Türkische Firmen bauen in Erbil und anderen Städten des Nordirak Flughäfen, Autobahnen und andere Infrastrukturprojekte. Die weitere Verwendung der Öl- und Gasreserven in Kirkuk, bzw. der Pipeline-Transport über türkisches Staatsgebiet stehen jetzt zur Debatte und scheinen nur dann gesichert, wenn die Stadt nicht in das Autonomiegebiet eingegliedert wird. Wie weit die wirtschaftlichen Interessen der Türkei betroffen sind – immerhin handelt es sich um ein geschätztes jährliches Handelsvolumen von vier Milliarden US-Dollar -, zeigt auch der jüngste Streit um die Transportrechte. Türkische Speditionen transportieren Rohöl aus den nordirakischen Ölfeldern in türkische Raffinerien und liefern Benzin und Diesel zurück in den Nordirak. Auftraggeber war bisher die staatliche irakische Ölgesellschaft SOMO. Diese teilte den türkischen Unternehmern mit, dass künftiger Ansprechpartner für die Verlängerung der Handelslizenzen die politische Führung im Nordirak sein werde. Da die türkische Regierung darauf bestand, nur mit der Zentralregierung in Bagdad zu verhandeln, stauten sich türkische LKW kilometerlang an der irakischen Grenze. Am 31.01.2007 konnte der Konflikt zunächst durch die Beibehaltung der bisherigen Verfahrensweise beigelegt werden.

Das zweite und weit bedeutendere Problem stellen die PKK-Lager um den Berg Kandil im Nordirak dar. Immer wieder wird ein gezieltes militärisches Vorgehen der Türkei in diesem Gebiet ins Gespräch gebracht. Ende letzten Jahres wurde von den USA ein ehemaliger Angehöriger der Streitkräfte als Koordinator zur Bekämpfung der PKK eingesetzt, dem die türkische Seite einen eigenen Koordinator als Partner zur Seite stellte. Mit den bisherigen Ergebnissen dieser Mission ist die Türkei allerdings nicht zufrieden und setzt deshalb weiterhin auf die Option einer eigenen Militärintervention. Völkerrechtsexperten glauben jedoch, dass türkische Truppen im Gebiet des Nordirak nicht alle PKK-Kämpfer in den Basislagern festnehmen und in die Türkei überbringen können, weil nur ein Teil türkische Staatsbürger seien. Ferner orientiere sich die Lösung des PKK-Problems an einer falschen, weil militärischen Strategie und sei zu kurz gedacht. Eine einvernehmliche Lösung könne nur in der Türkei erreicht werden und der Terrorismus müsse im Inneren besiegt werden, so Ibrahim Kalin. Solange die Minderheitenpolitik in der Türkei nicht die volle Anerkennung anderer Identitäten vorsehe und solche Bestrebungen als Sezessionismus abgetan würden, solange werde die kurdische Minderheit in der Türkei in politische Positionen gedrängt, in denen sie für Manipulationen offen sei. Die PKK müsse für türkische Staatsbürger unattraktiv werden, damit sich das Problem von selbst erledige, so Kalin weiter.



Einen Tag nach der Parlamentssitzung trat das nordirakische Regionalparlament in Erbil zusammen. Man war bemüht, Signale der Freundschaft nach Ankara zu senden. Der nordirakische Ministerpräsident Barzani erinnerte an die umfangreichen Hilfsmaßnahmen der Türkei als 1988 Saddam Hussein mit Giftgas gegen die Kurden vorging. Einige kurdische Abgeordnete verwiesen auf die „traditionellen brüderlichen Beziehungen“ der Kurden im Nordirak mit der Türkei. „Niemand hat soviel unter der PKK gelitten wie wir“ erläuterte Barzani und „einige Gebiete des Nordirak sind nach wie vor von der PKK besetzt“. Hier bestehen offenbar gemeinsame Interessenspunkte mit der Türkei, über die eine Verständigung möglich scheint. Allerdings warnte Barzani auch, im Falle einer Intervention würde die Türkei als Besatzer betrachtet.

Das Säbelrasseln im türkischen Parlament muss allerdings auch im Zusammenhang mit dem herannahenden Wahltermin im Herbst dieses Jahres gesehen werden. Sowohl die CHP als auch die AKP versuchen hier auf nationalen Stimmenfang zu gehen, um einerseits der national orientierten MHP Wähler abzuwerben und andererseits gerade unter den Jungwählern möglichst hohe Stimmengewinne zu erzielen.

## **Diskussionen um bevorstehende Präsidentschaftswahlen**

Die Türkei steht 2007 vor einem Superwahljahr mit der Präsidentschaftswahl im Mai und den Wahlen zum nationalen Parlament im Spätherbst. Und wie immer vor Wahlen hierzulande steht in der Vorwahlphase auch das geltende Wahlrecht im Mittelpunkt heftiger Debatten. Es besteht tatsächlich erheblicher Reformbedarf beim Wahlrecht, aber auch beim Parteiengesetz und weiteren gesetzlichen Bestimmungen, die mit Wahlen und Parteien in direktem Zusammenhang stehen. Die Diskussionen wurden schon vor über zwei Jahren von der oppositionellen Republikanischen Volkspartei (CHP) angestoßen, die seitdem immer wieder vorgezogene Neuwahlen einforderte. Erst ein neu legitimiertes Parlament solle den kommenden Präsidenten wählen, damit sei eine größere Repräsentativität gegeben, so die Argumentation.

Die Forderung nach vorgezogenen Parlamentswahlen und die neu aufgeflamten Debatten um die Präsidentschaftswahlen verfolgen das gleiche Ziel: sie sollen verhindern, dass Recep Tayyip Erdoğan zum neuen türkischen Staatspräsidenten gewählt wird. Nun hat sich der türkische Ministerpräsident noch nicht deutlich zu seinen persönlichen Ambitionen geäußert. Man werde aber auf jeden Fall eine zeitnahe Entscheidung in den Parteigremien über einen AKP-Kandidaten treffen und auf dem Weg dahin auch Umfragen und Einschätzungen von Meinungsführern und Experten in die Entscheidung mit einfließen lassen, so Erdoğan. Aktuelle Umfragen zufolge wünschen sich 50% Erdoğan als künftigen Präsidenten. 60% fordern eine Änderung des Wahlrechts, wonach der Präsident künftig direkt vom Volk gewählt werden würde.

Eine mögliche Wahl Erdoğan's ist in erster Linie für die Opposition und die kemalistischen Eliten ein Reizthema. Vordergründig, weil seine Gattin als Kopftuchträgerin so gar nicht in das Bild der modernen Republik und seines höchsten Repräsentanten passen will. Der eigentliche Grund liegt in der Besorgnis, Erdoğan könnte eine „geheime Agenda“ verfolgen und als höchster Repräsentant des Staates dann den türkischen Staat nachhaltig verändern wollen. Das Amt des türkischen Staatspräsidenten ist mit einer



großen Machtfülle ausgestattet, die exekutive, legislative und jurisdikative Elemente beinhaltet.

Die Wahlstrategen der AKP müssen sehr genau abwägen, welche Auswirkungen eine Präsidentschaftskandidatur Erdoğan's im Mai auf das Wählerverhalten bei der sechs Monate später stattfindenden Parlamentswahl haben könnte. Würde das Ausscheiden des charismatischen Parteichefs als Wahllokomotive der AKP dazu führen, dass die Partei bei den Wahlen scheitern oder zumindest nicht so gut abschneiden könnte, dass sie weiter in der Lage wäre, wie bisher alleine zu regieren? Oder könnten umgekehrt positive Effekte eintreten, weil ein Präsident Recep Tayyip Erdoğan im Gegensatz zu seinem Vorgänger Sezer Gesetzesvorlagen der AKP nicht mit seinem Veto blockieren würde? Diese mit der möglichen Kandidatur Erdogans verbundenen Fragen werden auch innerhalb der AKP kontrovers diskutiert. Für die künftige machtpolitische Position der AKP von großer Bedeutung ist allerdings auch die Frage, ob bei den kommenden Parlamentswahlen mehr als zwei Parteien ins Parlament einziehen werden. Aktuelle Umfragen zufolge könnte die AKP selbst bei einem stattlichen Stimmenzuwachs ca. 80 Abgeordnete weniger stellen, wenn eine dritte Partei über die 10% Sperrklausel käme.

Als Option zum Erzwingen von Neuwahlen wurde der geschlossene Rücktritt der CHP-Fraktion aus dem Parlament angeregt. Diese Art von Rücktritt (Sine-i Millet) müsste allerdings von der AKP-Mehrheit im Parlament abgesegnet werden, und auch dann würde es nicht automatisch zu Neuwahlen kommen. Vor einigen Wochen brachte der ehemalige Generalstaatsanwalt am Kassationsgerichtshof Sabih Kanadoğlu ein zweifelhaftes Argument in die Diskussion ein: Kanadoğlu legte das Wahlrecht zur Präsidentschaftswahl so aus, dass die erforderliche 2/3 Mehrheit aller 550 Abgeordneten in den ersten beiden Wahlgängen auch gleichzeitig als Limit für die Beschlussfähigkeit des Parlaments gelten sollte. Die AKP-Fraktion liege mit ihren 356 Abgeordneten knapp unter diesem Limit und könne bei Abwesenheit der anderen Parlamentarier also gar keine Sitzung einberufen, so der Jurist. Selbst die Rechtmäßigkeit einer Abstimmung im dritten Wahlgang könnte dann beim Verfassungsgericht zur Prüfung eingereicht werden.

Die Wahl des türkischen Staatspräsidenten ist in den Artikeln 101 bis 106 der türkischen Verfassung ausführlich geregelt. Der Präsident wird einmalig für die Dauer von sieben Jahren von der Großen türkischen Nationalversammlung (TBMM) in geheimer Wahl gewählt. Sollte in den ersten beiden Wahlgängen keine 2/3 Mehrheit gefunden werden, so reicht im dritten Wahlgang eine einfache Mehrheit aus; sollte auch dann kein Präsident gewählt werden können, wird ein vierter und letzter Wahlgang notwendig. Dann kommt es zur Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten mit den meisten Stimmen des vorherigen Wahlgangs. Wenn auch im vierten Wahlgang kein Ergebnis erzielt werden kann, dann löst sich das Parlament auf und es kommt zu Neuwahlen. Die türkische Verfassung und die Geschäftsordnung des Parlaments bestimmen, dass das Parlament mit mindestens 1/3 aller Abgeordneten beschlussfähig ist, also mit 184 Abgeordneten. Das Argument von Kanadoğlu wird von Rechtsexperten als irrelevant bewertet. Würde man dieser Auslegung folgen, so sei z.B. die Wahl des achten Staatspräsidenten Turgut Özal im Nachhinein als unrechtmäßig zu erklären. Dieser wurde 1989 erst im dritten Wahlgang mit einfacher Mehrheit gewählt und in den beiden ersten Wahlgängen waren weniger als 2/3 aller Abgeordneten anwesend.



Die Amtszeit Ahmet Necdet Sezers endet offiziell am 16. Mai 2007. Das Parlament wird 30 Tage zuvor mit den Beratungen beginnen und in den ersten zehn Tagen dieser Frist die Kandidaten küren. Frühestens am 27. April wird es also zur Wahl eines neuen Präsidenten kommen. Neben Erdoğan wird Außenminister Abdullah Gül als möglicher Kandidat gehandelt. Auch die Namen des Verteidigungsministers Vecdi Gönül und des Staatsministers Mehmet Aydın werden genannt. Auch gibt es Stimmen, die sich für eine Frau als Kandidatin stark machen. Die CHP hat angekündigt, der Abstimmung zur Präsidentenwahl fern zu bleiben. Das Präsidentenamt ist für die CHP mit einer großen Symbolik verbunden, weil mit Mustafa Kemal Atatürk und später Ismet İnönü von 1923 bis 1950 ununterbrochen Politiker der CHP dieses Amt bekleideten. Seither spielt man bei Wahlen zum Präsidentenamt nur noch eine Nebenrolle.

### **Nach der Ermordung Hrant Dinks**

Die letzten Tage standen ganz im Zeichen der Berichterstattung über die Ermordung des türkisch-armenischen Journalisten Hrant Dink, Chefredakteur der türkisch-armenischsprachigen Wochenzeitung AGOS. Das Interesse und die Anteilnahme der türkischen Öffentlichkeit waren außergewöhnlich. Zumal Hrant Dink vor seiner Ermordung lange nicht so im Fokus der medialen Berichterstattung stand wie z. B. Elif Şafak oder Orhan Pamuk, die beide ebenfalls nach dem Paragraphen 301 des Strafrechts wegen „Herabwürdigung des Türkentums“ angeklagt wurden. Der Mord an Hrant Dink wurde von allen größeren Parteien verurteilt. Das Attentat wurde als ein Angriff auf die Türkei bewertet. Während auf der einen Seite das politisch-gesellschaftliche Klima und insbesondere die im Zusammenhang mit dem Strafverfahren gegen Dink geführte Hetzkampagne für die Tat verantwortlich gemacht wird, werden auch Vermutungen über "dunkle Kräfte", die das Land destabilisieren wollen oder auch über involvierte "ausländische Mächte" angestellt. Inzwischen hat jedoch das Interesse an dem Fall Dink merklich nachgelassen. Dabei kommen jetzt zwischen den Zeilen auch kritische Töne und Stimmen zum Vorschein, die insbesondere auf den Slogan der Massendemonstration in Istanbul „Wir sind alle Hrant Dink, wie sind alle Armenier“ mit Unverständnis reagieren. Auch Ministerpräsident Erdoğan reagierte neulich gereizt auf diesen Spruch, weil die so gekünstelte Hervorhebung des „Armenischen“ nun geradezu Ressentiments und Reaktionen bei Ultrationalisten hervorrufe. Diskussionen löste die Parole ebenfalls bei einer Vorstandssitzung der AKP aus. Weil sich nationalistische Kreise provoziert fühlen könnten, wandte sich der Vorstand gegen den Satz. Die Entführung der Autofähre zwischen Canakkale und Galipoli vor einer Woche wurde vom Täter mit "nationaler Empörung" begründet. Die Auseinandersetzung erreichte am Wochenende zudem die Fußballplätze...

Sicherlich ist es verfrüht nach den langfristigen Auswirkungen dieser Ermordung zu fragen. Obwohl der 17-jährige Täter und mehrere Hintermänner gefasst wurden, glauben viele in der Türkei an eine tiefere Verstrickung mit geheimen finsternen Mächten und Organisationen und eine Unzahl verschiedenster Komplotttheorien ist hierzu im Umlauf. Für die einen ist der eng mit den Sicherheitskräften verbundene sogenannte „Tiefe Staat“ verantwortlich, der hierdurch die EU-Annäherung der Türkei zu verhindern versuche. Für andere stehen ausländische Geheimdienste hinter dem Mord und wieder andere machen sogar armenische Organisationen für diesen Mord verantwortlich.



Fest steht wohl, dass es ein politischer Mord war, verübt von einem 17-jährigen Jugendlichen aus Trabzon, der von nationalistischen Hintermännern dazu ausgebildet und angestachelt wurde. Innenminister Aksu hat den Gouverneur und den Polizeichef von Trabzon in die Zentrale abberufen lassen und zwei Hauptinspektoren in die Provinzhauptstadt ans Schwarze Meer gesandt, um aufzudecken, ob ihnen eventuelle Nachlässigkeiten vorzuwerfen sind. Türkische Zeitungen berichteten, die Sicherheitskräfte sollten schon vor einem Jahr deutliche Hinweise auf einen von dieser Gruppe geplanten Mordanschlag auf Hrant Dink erhalten haben. Die Istanbuler Polizei, obwohl sie über diese nachrichtendienstlichen Erkenntnisse von Trabzon aus informiert worden sei, habe jedoch keine Maßnahmen zum Schutz Hrant Dinks eingeleitet.

Die Stadt Trabzon am Schwarzen Meer ist schon vor einem Jahr in die Schlagzeilen geraten, als der katholische Priester Andrea Santoro vor seiner Kirche von einem 16jährigen Fanatiker ermordet wurde. In Trabzon herrschen schwierige soziale Bedingungen bedingt durch eine überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit insbesondere unter Jugendlichen.

Das Attentat hat zugleich auch die Diskussion über den umstrittenen Strafrechtsartikel 301 erneut entfacht. Während Außenminister Gül am Wochenende ankündigte, dass eine Änderung kurzfristig erfolgen könne, erklärte Justizminister Cemil Cicek, dass sich ähnliche Bestimmungen auch in den Strafgesetzbüchern der Gründungsstaaten der EU befänden.

## Info-Mail

Nach einer 40-stündigen Marathonsitzung des Parlaments konnten die Beratungen über den türkischen Staatshaushalt für 2007 erfolgreich abgeschlossen werden. Der Gesamthaushalt beträgt 215 Mrd. YTL (ca. 115 Mrd. Euro).  $\frac{1}{4}$  des gesamten Budgets (ca. 30 Mrd. Euro) wird für die Zinstilgung verwendet und dies zeigt die doch prekäre Haushaltssituation der Türkischen Republik. Nach dem türkischen Schatzamt (58 Mrd. YTL) stellt sich die Reihenfolge der einzelnen Haushalte wie folgt dar: Finanzministerium (46 Mrd. YTL), Bildungsministerium (21 Mrd. YTL), Arbeitsministerium (15.5 Mrd. YTL) und Verteidigungsministerium (13 Mrd. YTL). Das Präsidium für Religiöse Angelegenheiten hat einen Haushalt von knapp einer Milliarde Euro und das Generalsekretariat für die EU-Angelegenheiten gerade einmal knapp 2 Millionen Euro. +++ Marktforschungen über das türkische Bankwesen haben interessante Ergebnisse zu Tage gefördert. So wurde festgestellt, dass 67% der Türken kein Bankkonto besitzen. 50% der Türken investierten ihr Geld lieber in Immobilien und Gold und würden Bargeld zu Hause aufbewahren. Nur 14% der Bevölkerung könnten Sparguthaben aufbauen und würden dies hauptsächlich in einheimischer Währung tun. Alle Banken planen eine verstärkte Ausweitung ihr Filialnetze. +++ Das Meinungsforschungsinstitut A&G hat auch 2006 wieder eine repräsentative Umfrage zu politischen Einstellungen in 32 Provinzen unter ca. 2.500 Personen durchgeführt. Diese Meinungsumfrage gibt es seit acht Jahren. Die EU-Euphorie der türkischen Bevölkerung war schon seit Monaten merklich zurückgegangen. In dieser Umfrage gaben jedoch nur noch 21,2% der Befragten an, dass die EU-Harmonisierung in jedem Fall konsequent fortzusetzen sei, selbst wenn die Türkei nicht EU-Mitglied werden sollte. 53% glauben nicht mehr an eine EU-Mitgliedschaft und unterstellen der EU falsches Spiel. 55,5% lehnen beim Thema Zypern weitere Zugeständnisse der Türkei strikt ab, 20,9% würden einen Flug- und Seehafen für eine



Aufhebung des Wirtschaftsembargos öffnen wollen und nur 6,3% würden bedingungslos alle Häfen und Flughäfen für Südzyprioten öffnen. +++ Zur nachhaltigen Eindämmung der häuslichen Gewalt und den sog. Ehrenmorden hat die zuständige Ministerin gemeinsam mit dem türkischen Innenministerium einen Aktionsplan ausgearbeitet. Unter anderem sollen in allen Provinzen unter Vorsitz der Gouverneure Kommissionen eingerichtet werden, die sich mit diesem Thema lokal beschäftigen. Für die Kosten für Aufenthalt und Verpflegung etc. für die Opfer häuslicher Gewalt sollen Fonds gegründet werden. Die Kommunen wurden wiederholt aufgefordert, Frauenhäuser und Auffangstationen für Kinder einzurichten, wie dies auch nach dem neuen Kommunalgesetz vorgeschrieben ist. Ferner sollen Informationskampagnen gestartet und Beamte der Polizei und Gendarmerie sollen durch Fortbildungsseminare in diesen Fragen sensibilisiert werden.

Ankara, den 31 Januar 2006

Jan Senkyr/ Dirk Tröndle